

(Berichterstatter Abg. **Rißschke** [Deusch].)

(A) auf freiem Felde liegen bleiben. Von der Riesenburg sollen die Gleisanschlüsse für die industriellen Unternehmungen geschaffen werden. Gewiß hat sich die Stadt Annaberg anfänglich mit dieser Linienführung einverstanden erklärt, aber nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Fortführung bis zur Riesenburg nur als eine Abschlagszahlung betrachten kann. Die Stadt Annaberg hat stets auf dem Standpunkte gestanden, daß letzten Endes doch ein Anschluß in Schönfeld-Wiesa stattzufinden hat.

Die Deputation ist der Meinung, daß die Steigung von 1:25 bei Industriegleisen statthaft ist und daß sie technisch durchführbar und zulässig ist. Wenn die Verhältnisse so liegen, meint die Deputation, kann die Spitzlehre, die, soweit der Betrieb in Frage kommt, immerhin als eine Störung anzusehen ist, wegfallen, und sie schlägt folgende Linienführung vor: von Schönfeld, Station der Linie Chemnitz-Weipert aus, benutzt die neue Linie zunächst diese Bahnlinie aufwärts bis 500 m hinter den Bahnhof Schönfeld und überwindet schon auf dieser Strecke einen Höhenunterschied von ca. 5½ m. Von diesem Punkte an würde der Neubau der Strecke beginnen und links vom Hauptgleise abzweigen in einer Steigung von 1:25, worauf sie sich dem vorhandenen Terrain anschließt und dann eine fast 1 km lange Horizontale erreicht. Alsdann folgt wieder eine Steigung von 1:25 und der Anschluß an die jetzige Ladestelle Annaberg (obere Stadt).

(B) Bei dieser Linienführung würde Geiersdorf an einer wesentlich günstigeren Stelle, als es jetzt beabsichtigt ist, eine Ladestelle bekommen, und die Spitzlehre würde wegfallen.

Weiter ist es durch die beschriebene Linienführung möglich, die ganze Neubaubstrecke auf 4,85 km zu beschränken, Kunstbauten fast ganz zu vermeiden, Erdarbeiten zu vermindern, so daß nur an einer Stelle ein Einschnitt herzustellen ist, dessen größte Tiefe ca. 6 m beträgt. Die großen Landerwerbskosten aufzubringen, hat sich die Stadt Annaberg erboten, sogar auch, soweit Geiersdorf in Frage kommt. Auf weitere Beiträge verzichtet die Regierung in Anbetracht des Umstandes, daß Annaberg zu dieser Bahn schon reichlich beigetragen hat, und unter Berücksichtigung des weiteren Umstandes, daß beim Bau der vorhandenen Güterbahn Ersparnisse gemacht worden sind. Die von der Deputation vorgeschlagene Linienführung stellt sich im ganzen nicht wesentlich teurer als die von der Königl. Staatsregierung beabsichtigte und hat weiter den Vorteil, daß nun diese Güterbahn einen Anschluß an eine bestehende Hauptlinie findet. Es ist vielfach darauf hingewiesen worden, daß der Hauptteil der Frachten vom Süden, von

Königswalde, kommt. Die Stadt Annaberg will doch erreichen, daß sich auch Industrien aus anderen Branchen ansiedeln. Dann ist zu erwarten, daß die Rohmaterialien vom Norden bezogen werden und daß die fertigen Fabrikate auch wiederum nach dem Norden befördert werden. Weiter ist noch zu erwarten, daß dann nicht lediglich böhmische Kohle in Frage kommt, daß diese neuen Industrien zur Brikettfeuerung übergehen und ihren Kohlenbedarf aus den sächsischen Kohlenabbaubezirken beziehen und daß durch diesen Umstand die sächsische Staatsbahn eine weitere Einnahmequelle in Aussicht hat. Gewiß wird eine Rentabilität dieser kurzen Linie nicht von heute auf morgen eintreten. Aber ich möchte dem Herrn Finanzminister zu bedenken geben, daß, wenn die Verhältnisse so bleiben, wie sie jetzt sind, eine Heruntergehung der Steuerleistung der Stadt Annaberg und der Umgebung unbedingt in die Erscheinung treten muß, wenn aber durch die Bahn Abhilfe geschafft wird, eine Erhöhung der Steuerleistung eintreten wird. Das glaube ich, ohne Prophet zu sein, bestimmt voraussagen zu können.

Nachdem die Verhältnisse in der Deputation ganz eingehend geprüft worden sind, blieb der Deputation nichts weiter übrig, als der Kammer vorzuschlagen,

„die Petition des Stadtrats und der Stadtverordneten zu Annaberg wegen Fortführung der Güterbahn Königswalde-Annaberg (obere Stadt) nach dem Bahnhof Schönfeld der Königl. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen“.

Ich habe namens der Deputation noch an den Herrn Finanzminister die Bitte zu richten, sich mit demselben Wohlwollen, das er bis jetzt der Stadt Annaberg entgegengebracht hat, auf den Standpunkt der Deputation zu stellen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Staatsminister v. Seydewitz: Meine sehr geehrten Herren! Das Hohe Haus wird nicht wohl in Abrede stellen können, daß sich die Regierung in der letzten Zeit vielen Eisenbahnpetitionen gegenüber wesentlich entgegenkommender gestellt hat als früher. Ich verweise hier nur auf das Dekret Nr. 29, worin die Regierung bekanntlich eine große Anzahl von Projekten, und zwar darunter mehrere, die sie bisher immer bekämpft hat, als bauwürdig anerkannt und sich bereit erklärt hat, sie mit der Zeit zur Ausführung zu bringen. Es handelt sich um nicht weniger als 160 km Eisenbahnen mit einem Aufwande von rund 30 Millionen Mark. Darunter befindet sich unter anderem auch die sogenannte Nordostbahn, die eine Länge von 72 km hat und rund